

Die „Volkswacht“
wurde täglich Nachmittag außer
Samstag und ist durch die
Expedition, Neue Gräbenstr. 6/6,
durch die Post und
durch Telegraphen zu bestellen.
Preis vierfachlich Mf. 2,50,
pro Woche 20 Mf.
Postabrechnung Nr. 7789.

Abonnementgebühre
berügt: für die einfache
Bezirke oder deren Karte
20 Pfennige, für Vereine und
Veranstaltungsstätten
10 Pfennige.
Anreise für die nächste Woche
müssen bis Vormittag 10 Uhr bei der
Expedition abgegeben werden.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Telephon
Nr. 451.

Organ für die werkhafte Bevölkerung.

Telephon
Nr. 451.

mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 146.

Montag, den 26. Juni 1899.

10. Jahrgang.

Politische Übersicht.

Was nun?

Zur Buchthausvorlage schreibt uns ein Mitarbeiter: Große Reden, schöne Reden! Und das Ergebnis? Nicht einen Hahnenkamm vorwärts; die Streikvorlage ist, wie sie war, sie ist weder beseitigt, noch „verbessert“, sie ist vorläufig einfach unerledigt. Die parlamentarische Eloquenz nimmt auch im deutschen Reichstag unheimliche Dimensionen an: zwischen zwei Gedankenstrichen einer Regierungsvorlage bauen sie einen neuen Thurm von Babel und am Ende der mehrtägigen Debatte verstehen sie sich gegenseitig selbst nicht mehr — dann wird vertagt. Oder weiß man denn wirklich nach der Rede des nationalliberalen Bassermann, wie die Nationalliberalen stimmen werden? Weiß man nach d. Rede von Lieber, wie die Abstimmung des Zentrums ausfallen wird? Klar abgesehen ist, wie immer, nur die Extreme: Konservative — Sozialdemokraten.

Sicher ist allerdings die Blamage der Regierung. Allein man muß seine politischen Forderungen schon stark heruntergesetzt haben, um aus der Blamage eines deutschen Ministerkabinetts viel Besens zu machen. Man ist es vom „neuen Ruts“ gewöhnt, daß er sich „blamiert“. Er thut gar nichts anderes — und von Blamage zu Blamage erhält die Regierung schließlich doch, was sie verlangt hat: siehe Militärvorlagen, siehe Marineforderungen! Man frage nur Herrn Dr. Lieber, wo der „blamierte Europäer“ geblieben ist? Dieses wasserhelle Kind seiner Phantasie hat bereits eine Laufe erhalten, die dem deutschen Volk eine Milliarde kostet. Jemand ein Geheimrat wird wohl dafür büßen müssen, daß er kein besseres Material zur Beschimpfung der deutschen Arbeiterklasse hat zusammenbringen können, als welches er eben vorausgefunden. Aber was thut, selbst wenn es ein Minister wäre? Minister sind ja auswechselbar: sie dienen dazu, um die Peile der Opposition aufzufangen — sind sie voll, holt sie der Lucanus und bringt neue.

Der Reichstag geht heim und das Zentrum an seine „verbessernde Tätigkeit“. Was das bedeutet, kennt man aus der lex Heinze, und besonders aus der Umsturzvorlage Möller'schen Angebennens. Es ist die alte Taktik, durch Einschreibungen und Aenderungen in der Vorlage die Interessen aller Parteien so durcheinander zu bringen, daß schließlich alle sich von dem Dinge erschreckt zurückwenden, eine parlamentarische Prozedur, bei der das Volk immer Gefahr läuft, daß durch eine zufällige Mehrheitsbildung ein Monstrum zu Stande kommt, das an Nichtigkeit und Gemeingefährlichkeit alle Erwartungen übertrifft.

Das Zentrum hat angekündigt, daß es Bestimmungen zum Schutz der Koalitionsfreiheit besonders der ländlichen Arbeiter beantragen werde. Wer glaubt, daß es dem Zentrum dabei wirklich um die Interessen der Landarbeiter zu thun ist, täuscht sich: es will nur dadurch den ostelbischen Junkern den Geschmac an der Vorlage verderben und wird sich ins Läusehen lassen, wenn jene dann gegen die Vorlage stimmen.

Das Zentrum wird in seinen Anträgen zu Gunsten der Arbeiter nie soweit gehen, daß daraus für die Industriearbeiter ein wirklich erheblicher Nutzen entspringt: das verbieten ihm die rheinischen Fabrikanten und Grubenbesitzer. Es wird auch die arbeiterfreundlichen Bestimmungen der Regierungsvorlagen in mehr oder weniger modifizierter Form bei-

behalten: das geschieht, um es mit der Regierung nicht vollends zu verderben und um andererseits der Sozialdemokratie ein Eintreten für die den Arbeitern mehr oder weniger günstigen Bestimmungen zur Unmöglichkeit zu machen, denn so lange die bekannte Bedrohung der Gewerkschaften in der Vorlage beibehalten wird, muß unsere Partei gegen das Ganze stimmen. Die Spekulation geht, wie erwähnt, darauf, daß nichts zu Stande kommt. So wird das Zentrum abermals seine Arbeitersyndikatlichkeit in bengalischer Beleuchtung vorführen, ohne die Unternehmer, die an dieses schnellverpuffende Feuer gewöhnt sind, scheu zu machen, und es wird zugleich der Regierung seinen guten Willen zeigen, auf ihre Forderungen einzugehen. Ein sehr perfid ausgedachter Plan, sich aus der Affaire zu ziehen.

Jawohlfern dieses Manöver gelingt, hängt freilich zu einem großen Theil auch von den anderen Parteien und von der Regierung ab. Was die Sozialdemokratie betrifft, so scheint uns hier die Sachlage ziemlich klar zu sein. Es würde dem Zentrum nicht schwer fallen, durch ein bisschen Arbeitersyndikatlichkeit die offene und plumpe Arbeitergewaltigkeit der Buchthausvorlage zu übertrumpfen — anders, wenn es gezwungen wird, zu ersten Arbeiterforderungen Stellung zu nehmen. Die Gelegenheit dazu kann ihm die Sozialdemokratie gern und leicht bieten. Es genügt, wenn unser alter Arbeitersyndikatentwurf in entsprechend revidierter und vervollständigter Form abermals dem Reichstag vorgelegt wird. Dort sind wirksame Bestimmungen in Bezug auf Sicherung des Koalitionsrechtes und auch Maßnahmen eines ernst gemeinten Arbeiterschutzes enthalten — da könnte es sich also das Zentrum freuen, besondere Anträge auszuarbeiten, wenn es ihm wirklich um das Wohl der Arbeiter zu thun ist, jedenfalls würde seine Stellungnahme zu unserem Entwurf aller Welt offenbaren, auf wessen Seite tatsächlich seine Sympathien sind: auf jener der Arbeiter oder ihrer Ausbeuter.

Ist es schon d. Schall der Mühe wert, den Gesetzentwurf zu erneuern, denn das Zentrum ist nach der politischen Lage der Gegenwart unser wichtigster politischer Gegner, so sprechen noch andere gewichtige Gründe dafür. Erstens sind wir es unserem Ansehen als große politische Partei schuldig, daß wir uns nicht mit der Kritik der Regierungsvorlage begnügen, sondern zur Offensiv übergehen. Zweitens ist es überhaupt längst Zeit, daß unser Gesetzentwurf abermals zur parlamentarischen Verhandlung kommt. Drittens nähern wir uns allen Anzeichen nach einer Zeit der Geschäftsfreude, wo die Arbeiter alle ihre Kräfte wieder zusammennehmen müssen, um Lohnreduktionen zurückzuweisen; neben dem Ausbau der Gewerkschaften gehört dazu auch die politische Aktion, die hier nur darin bestehen kann, daß die Forderungen des Arbeiterschutzes — der Koalitionsfreiheit und des Normalarbeitsstages — auf die Tagesordnung gebracht werden.

Rettung der Buchthausvorlage.

Alle Hebel fest die offiziöse Presmachinerie für die Rettung der Buchthausvorlage in Bewegung. Die halbamericane Berliner Korrespondenz, die sich durch ihre Agitation für das Ausnahmegesetz besonders ausgezeichnet hat, schreibt nun unverstört wie stets:

Die Parteien werden sich der Pflicht nicht entziehen können, falls sie dem Gesetzentwurf in der gegenwärtigen Fassung die Zustimmung glauben versagen zu müssen, ihrerseits Mittel nachzuweisen, mit denen den Ausschreitungen der modernen Arbeiterbewegung wirksam entgegentreten werden kann. Die Anstrengungen wüteten aus der staatlichen Notwendigkeit her vor. Wer

wie bei der Masse unserer großen Geschäfts- und Staatsmänner, bis auf den Boden von allem leer.“

Pauline sah ihrem Nachbar mit Bewunderung in die Augen, lächelte gutmütig dazu und sagte: „Ganz schön, was Sie da sagen. Allerdings! Aber es klingt beinahe wie eine Vertheidigung gegen Borwirke, die Ihnen Niemand macht. Wo zu das?“

„Damit Sie, Fräulein, Ihrer Freundin schreiben, Sie hätten mich nicht mehr als denselben gefunden, der ich in Wien war, sondern als Fremden, der sich beschiedet, die Kluft zwischen sich und Elstriede anzuerkennen.“

„Gut, Herr Preys, ich werd' ihr schreiben, Sie wären kein hochheriger Weltsfürmer mehr, aber doch noch ein wenig Schwärmer.“

„Sie irren, Liebe. Das eine oder das andere zu sein, dazu fühle ich mich zu unsicher. Seit ich vor zwei Jahren Wien verließ, bin ich zwanzig Jahre älter geworden. Glauben Sie mir's!“

Hier wurde die Unterredung durch den Ruf des Führers gestört. Der Weg begann steil bergab zu gehen, und deshalb mußte das Fräulein das Pferd besteigen. Pauline gehorchte.

Zwischen Bergen, die von allen Seiten immer höher zu wachsen schienen, zog man dem Bergdorfschen Elm, dem höchsten des Serntheiles, zu. Zum Erstaunen unserer Reisenden wurde am östlichen Saum des Glacials ein ungeheures Felsenbild sichtbar, wie es ihnen der Erzengott selbst im Schlaf nicht wunderbarer ausmalen konnte. Sie jüngten zwischen den Riesensäulen und Pyramiden der hohen Kuppen des Fallobers und Eihengels eine weite, schneeweisse Wiese, und über dem blendenden Gleisgrau eine lang gezogene mächtige Felsenwand, mehr als das Werk von Cyclopern oder Titanen, und inmitten der riefigen Wälder wie von menschlicher Kunst eine kreisförmige Gestaltung gebrochen, durch welche der Lichtblau Himmel im vollen Glare strahlte. Es

positive Maßregeln in jeder Form zurückweist, mutet den verantwortlichen Leitern am Staatsruder zu, mit verschrankten Armen dem Heranwachsen widerrechtlicher Zustände zuzuschauen. Der bürgerliche Staat wird in solch einem Falle an zweite Stelle rücken zu Gunsten des klassenbewußten Proletariats, daß nach dem Verhalten des Reichstages den Koalitionszwang und den Streiterkrieg für ein durchaus zulässiges Kampfmittel in dem Ringen um günstigere Arbeitsbedingungen und um politischen Einfluß aufzuspielen berechtigt wäre.

Mit solchem Schnickschnack soll eine Entschließung von Millionen begründet werden. Aber bei der Laufgeschäfts-politik des Zentrums, die mittler im „Kompensations“-Schach ist, muß die Arbeiterschaft doppelt auf der Hut sein.

Der Reichstag

ist bekanntlich bis zum 14. November vertragt worden. Schon halb Monate hat der erste Abschnitt der Session 1898/99 gewährt; 99 Sitzungstage hat der Reichstag gehabt, also hat jeden Werktag gefressen. Er trat so spät zusammen, weil die Palästinafahrt ihn verzögert hat.

Was ist das Fazit dieser Thätigkeit? Die Reichs- und die Alters- und Invaliditätsversicherungsnovelle sind die beiden größeren positiven Gesetze, die in diesem Abschnitt der Session verabschiedet wurden. Demgegenüber steht eine Menge neuer Ausgaben für die futterwidrigen Zwecke des Militarismus und Marinismus. Der Reichstag hat die Millionenvorlage des Reichsmilitärgegesetzes, das ohne des Zentrums schwächeren Umsatz fast zu einer Auflösung geführt hätte, des neuen Guineas, er hat viele Dutzende von Millionen für Kolonialzwecke bewilligt. 8½ Millionen für Kiautschau, einen Reichszug zu Guinea, eine große Steigerung der Eisenbahnzuschüsse für Ost- und Westafrika, die 16,721,500 Mf. für die Karolinen!

Für die Winterfahrt bleibt noch Arbeit in Halle und Jäger. Außer der leidigen Buchthausvorlage, die an Haupt und Gliedern fleiß, wieder aufzuhören wird, haben wir die Gaben des Postgewaltigen Bobrowski, die drei Postvorlagen, die Gewerbenovelle, die Inflanzvorlagen, die dem Ende geweihte Fleischzollgesetz vorlage, den Entwurf über Telegraphenwegerecht.

Widerruflicher Wahltermin in Sachsen.

Die „Dresdner Nachrichten“ schreiben:

Nachdem von dem Reichstage beschlossen worden ist, die am 16. Juni vorigen Jahres stattgefundenen Wahl eines Abgeordneten für den 8. Wahlkreis des Königreichs Sachsen für ungültig zu erklären, ist in diesem Wahlkreis eine Neuwahl vorzunehmen. Als Wahltag ist der 12. Juli bestimmt. Als Wahlkommissar ist der Amthauptmann Freiherr v. Teubert in Pirnae stellt worden.

Hat die sächsische Regierung wirklich gehandelt, wie die „Dresd. Nachrichten“ angeben, dann ist sie eben und müßte sie die Ausschreibung wieder zurücknehmen.

Paragraph 8 Absatz 3 des Wahlgesetzes und § 34 des Wahlreglements, welche von Neu- und Nachwahlen handeln, deuten sich zwar nicht ganz genau, aber der Widerspruch ist durch Interpretation des Reichstags und Bundesrates aus der Welt geschafft. Das geschah gelegentlich der Wahl des Abgeordneten Casselmann (Eisenach). Dieselbe wurde vom Reichstag am 8. Februar 1895 für ungültig erklärt und die weimaranische Regierung bereitete daraufhin zum 14. März 1895 die Erstwahl an, ohne neue Wählerlisten anfertigen zu

wor jenes berühmte Martinsloch der Apfel, in welchem sich zur Frühlings- und Herbstzeit die Scheibe der Morgensonne wie in einem Felsen eingerahmt den Bewohnern des Hochtales einige Minuten lang zeigt. Und über und hinter dem dunklen Felsen steigen, in seltsamen Gestaltungen, die Binken, Kulmen und Firschen der Alpengipfel auf, acht- und neuntausend Fuß hoch, wie Thürlme hinter dem Walle einer Riesenstadt.

Umsonst baten die Frauen, ihnen einen längeren Genuss des großen Schauspiels zu gönnen. Die dagegen gleichgültigen Männer von Panix erinnerten unbarmherzig an die schlechte Beschaffenheit des langen Weges durch's Sernthal hinab, und rasteten nicht, bis sie nach einigen Stunden das Ende desselben erreicht hatten. Da erhöht sich vor den Augen der Erwachsenen das offene Thal des Glarnerlandes in eigentümlicher Ausmaß und Majestät. Die abendliche Dämmerung hatte schon begonnen; nur die goldrothen Fäden der Höhenäcker der untergegangenen Sonne doch einen freundlichen Abschied zu.

39.

Die Stimme vom Himmel.

Sobald sie die schmale Ebene, welche der Lüttelfluss schäumend durchfließt, betreten hatten und in nicht weiter Ferne den zierlichen Sieden Caneda und dahinter den alten Kirchthurn des Hauptortes Glarus zwischen den beiden Abhängen des Schilbs und Frohnalpstock und des hohen Glärnisch erblickten, verließ das Fräulein von Stetten den unbesteuerten Sitz auf dem Pferde. Sie elste, besorgt um das Beinbauen der leidenden Freundin, zur Höhe der stillen Glarus. Sie ließ sie diese in der Umhüllung ihrer Kissen über alle Sorgartung wohl geführt heilen, wandte sie sich zum Schadenshauptmann. Sie nahm seinen Arm und sagte: „Für diese vor, diese kurze Strecke in der Abendfahrt zu Fuß zu gehen.“ (Fortsetzung folgt.)

Die Rose von Disentis.

Bon Heinrich Blösch.

61)

Unbefangen plaudernd, erzählte sie ihm jetzt, wie sie ihn im Schlosse Rastenberg, in Begleitung der Dame des Hauses um eine kleine, sehr verziehbare Neugierde zu stellen, schon einmal besucht und gesehen habe. Er habe jedoch empfindungslos dagelegen, und als sie, nachdem Frau von Rastenberg abgerufen worden, allein vor seinem Bett geblieben, den schwarzen Schleier zurückgeworfen hätte, um ihm von ihrem Busen eine blühende Hyazinthe anzubieten, wäre er, ohne sie seiner Aufmerksamkeiten zu würdigen, eingeschlummert.

„Wie? Sie, mein Fräulein?“ rief er bestürzt. „Müß ich die Erscheinung im Fleibe nun als ein Gebilde der irrigen Phantasie anerkennen? Ich glaubte Elstriede zu sehen, die Rose von Disentis in ihrer Hand.“

„Also immer und überall Elstriede?“ lächelte Pauline etwas zwitschrig. „Gut, daß Elstriede nicht davon weiß, wie Sie jedes Frauenzimmer mit ihr verwechseln; des Mädchens alter Argwohn befährt eine böse Bestätigung.“

„Argwohn?“ fragte er ernst. „Habe ich ihn je verdient?“

„Ja, mein schöner Herr“, erwiderte sie und blickte schallhaft zu ihm auf. „Solch ein Dorn, einmal im Herzen, läßt sich schwer wieder herausziehen. Wir Weiber dulden nicht getreue Götter neben uns, geschweige Götterinnen.“

Florian schüttelte, düster ausschauend, den Kopf und murmelte: „Argwohn! Mir! Sie kannte mich nicht. Sie war ein Kind, und ich kein Graf, kein Baron, kein großer Herr. Aber ich war, was ich war, von Herzengrunde, ohne Eig und Faß; kein modischer Phrasenmacher und Faseler, den Mund von allem Heiligen nah Obeln angefüllt, das Herz,

lassen, obwohl seit den Hauptwahlen, 15. Juni 1898, längst ein Jahr verstrichen war. Der Abgeordnete Richter richtete deshalb eine Interpellation an die Reichsregierung, die aber ohne Begründung und Debatte zurückgeworfen wurde, da der Staatssekretär des Innern, Herr v. Böltcher, in der Sitzung vom 25. Februar 1898 folgende Erklärung abgab:

Der Zweck, welcher sich aus § 34 des Wahlreglements zur Ausführung des Wahlgesetzes für den Reichstag dahin ergibt, ob es notwendig ist, bei Ungültigkeitsserklärungen von Wahlen befußt der Neuwahl, wenn ein Jahr nach der letzten Wahl verlossen ist neue Wählerlisten anzufertigen, hat schon früher die Reichsverwaltung beschäftigt. In den 70er Jahren ist der § 34 des Wahlgesetzes innerhalb der preußischen Regierung dahin aufgefaßt worden, daß bei einer in Folge der Ungültigkeitsserklärung vorliegenden Wahl die Auflistung neuer Listen nicht notwendig sei. Die Reichsverwaltung hat damals die Frage geprüft und sich auf den Standpunkt gestellt, daß unter allen Umständen bei der Vornahme von Erstwahlen, wenn ein Jahr seit der Hauptwahl verlossen ist, neue Wählerlisten angefertigt werden müssen.

Der Minister teilte weiter noch mit, daß von dieser Entscheidung der weimaranischen Regierung Kenntnis gegeben sei und diese bereits telegraphisch die Anberaumung eines neuen Termins für die Wahl und die Auflistung neuer Listen gemeldet habe. Damit war der Fall erledigt und damit ist wohl auch für die Nachwahl in Pirna das Präjudiz geschaffen.

Daran, daß trotz dieser Entscheidung der Reichsgewalt die Wahl, ohne Auflistung neuer Listen, vorgenommen werden sollte, ist, trotz allem was man aus Sachen gewöhnt ist, doch nicht zu denken. Sollte aber, wider alles Erwarten, wirklich auf Grund der alten Listen gewählt werden, dann können die in Betracht kommenden Parteien Zeit und Geld sparen, denn diese Wahl würde sofort nach dem Wiedereinzutritt des Reichstages kürzer Hand laufen werden.

Neue Ausweisungen werden aus Nordschleswig gegeben. Auszweisen sind bei dem Landmann Petersen zu Jels-Trotz ein Knecht und bei dem Hosbenzer H. H. Haue zu Grömnitz in Gönnel ein Ruhmire. — Bei dem Müller Windfeld-Ostergaards-Mühle wurde der dänische Unterthan Verwalter J. M. Windfeld ausgewiesen, außerdem hatten bei demselben drei weitere dänische Unterthanen die Vorladung erhalten, sich bei dem Amtsgericht zu melden, diese zogen es aber vor, sofort, ohne den Ausweisungsbefehl abzuwarten, nach Dänemark abzureisen.

Für die Verschleppung der Kanalvorlage wird die Regierung in der Kommission den Agrariern auch weiter die Hand bieten. Die „Nord. Allg. Stg.“ jammert über das bestehende Bild, das die Verhandlungen der Kommission am letzten Donnerstag infolfern geboten haben, als in Gestalt sogenannter „Kompenations-Vorläufe“ Forderungen und Wünsche laut geworden sind, die weder mit der Vorlage noch mit den Zwischen- und Folgewirkungen des geplanten Kanals eines der Geringste zu thun haben. Die Regierung läßt aber in dem offiziellen Blatt rasch für die Fortsetzung der Kommissionsberatungen in der nächsten Woche den Agrariern die beruhigende Versicherung ertheilen, daß sie über ihre Kompenationsforderungen „erläuterte und beruhigende Erklärungen abzugeben jederzeit bereit sein“ werde. Damit erleichtert die Regierung den Agrariern die Durchführung ihres Absichts, die Kanalfrage zu verschleppen.

Der von den Agrariern angeregte Gebau einer Enquete-Kommission, den auch der Abg. Sieber befürwortete, ist, wie verlautet, ausgegeben worden. Auch wenn dieser Verschleppungs-Ausitus nicht eingerichtet wird, werden die Verschleppungsversuche nicht aufhören, falls nicht die Regierung energischer als bisher dagegen Einspruch erhebt.

Die Organisation des Handwerks am Grunde der Gewerbevorschrift vom Juli 1897 ist nach offizieller Mitteilung jetzt so weit vorgeschritten, daß die Wahlen für die Handwerkerversammlungen etwa gegen Ende dieses Jahres zur Ausführung kommen sollen.

Ausland.

Das belgische Wahlgesetz

mit einem Sturm der Entrüstung im Lande und in der Deputiertenkammer hervor. In der Kammer kam es unfehlbar der Festlegung des Datums für die Eröffnung des Wahlgesetzes auf den 5. Juli, zu heftigen Zwischenfällen.

Der Sozialist Vandervelde erließ das Gesetz für schamlos. Der Sozialist Smets erklärte, der Scham sei der Mittschulzige des Ministeriums. Der Republikaner forderte den Minister auf, die Sache des Königs zu respektieren. Der Sozialist Demblaix erklärte darum, man solle, was man zu acht sei. Der Sozialist Vandervelde wird wegen seiner Bezeichnung über den König zu Verbannung verurteilt. Demblaix rief: „Wir hatten nicht erwartet, daß man ein standhaftes Gesetz eintragen wird. Sie haben nicht das Recht, ein solches Gesetz vorzulegen. Sie spotten damit der Konstitution!“ Smets an die Regierung verordnete dies Redner: „Sie sind Unwähler! Die Regierung und die Könige sind schuldig.“ Der sozialistische Landtag protestierte ebenfalls gegen die Vorlage. Da bei der Abstimmung über das Datum für die Eröffnung der Vorlage die Linke den Saal verlassen hat, ist die Sitzung beendet. Die Sitzung wird infolgeher aufgezögert.

Die Bewegung gegen das Wahlgesetz der Regierung zeigt sich über ganz Belgien aus und wird eine nationale Rückbildung aller Oppositionsparteien zur Folge haben. Dieses heißt das Ministerium, daß am 3. oder 5. Juli die Beziehungen beginnen werden und bei alltierer Widerstand gegen die Sozialbewegung getroffen.

Am 3. f. ab füllt täglich die jüngstlichen Sitzungen der Brüsseler Bürgergarde Mannschaften ab einander zu verhindern, um die neutrale Zone, die jetzt das ganze Ministerium, in dem alle Ministerien und die Zweite Sozialbewegung liegen, zu fördern. Die Bürger-

garde erhält die sogenannten Ausstandspatrone. Die gesamte Gardeparade, Polizei und Feuerwehr sind vom 3. f. M. täglich konstituiert; schon sind 40 Gardemänner aus der Provinz nach Brüssel gezogen worden. Am Ende der Gelehrtenstraße, in dem alle Ministerien liegen, befindet sich das Palais du Cinquantenaire; hier werden jetzt die erforderlichen Einrichtungen getroffen, um sofort zu einer Bataillone des zehnten Linienregiments zur Verstärkung der Brüsseler Garnison aufzunehmen. Weitere Verstärkungen der Brüsseler Garnison durch Heranziehung flandrischer Truppenheile sind angeordnet. Die mutige Brüsseler „Gazette“ mahnt heute den König, rechtzeitig einzutreten, und das Ministerium auf einer Bahn anzuhalten die unzweckhaft das Land in die Revolution und in den Bürgerkrieg treibt.

Auf der Friedenskonferenz

hielt am Freitag die erste Kommission eine Vollversammlung ab, in welcher der Bericht des österreichischen Delegierten Grafen Soltyk einer Prüfung unterzogen wurde. Nicht einmal die Vorschläge, ein Verbot der Verwendung unterseeischer Torpedoboote und Taucherboote, sowie von Schiffen mit Spuren auszusprechen, konnte eine Einigung erlangen. Hierauf ging die Kommission zum ersten Punkte des Rundschreibens des Grafen Mutorowew über, betreffend die Frage eines internationalen Uebereinkommens über Richterhöhung der Effektivstärken der Land- und Seekräfte innerhalb einer bestimmten Frist. Hierzu liegen Anträge der russischen Vertreter Oberst Zilinski und Regattenkapitän Scheine vor. Diese Anträge gehen dahin, daß die gegenwärtigen Effektivstärken der Streitkräfte, sowie die entsprechenden Budgets während fünf Jahren nicht erhöht werden dürfen, von welcher Bestimmung jedoch die Kolonialtruppen ausgenommen seien sollen.

Die Friedenskonferenz wird am Mittwoch sich wahrscheinlich auf kurze Zeit vertagen, um den Delegirten Zeit zu geben, ihren Regierungen über den Stand der Dinge Bericht zu erstatten.

In Betrieb des Schiedsgerichts hat sich nach einer Haager Meldung des „Reuterseiten Bureau“ die Lage verbessert. Unter den Delegirten hat man größere Hoffnung, daß aus Berlin eingetroffene guten Nachrichten eine Verhinderung erhoffen lassen. Der amerikanische Delegirte Holler vertheidigt, die Steuerannahme Deutschlands zur Sache werden übertrieben. Deutschland werde ebensowenig wie irgend eine andere Macht jürgen, ein Schiedsgericht anzuerkennen, welches auf annehmbare Grundlage beruhe.

Zur Lage in Frankreich.

Dem „Normandie“ wird aus Paris geschrieben:

„Seit letzterer Zeit wurde das neue Ministerium als das Erzeugnis einer tollen Phantasmagorie betrachtet. Aber seine außerordentliche Zusammensetzung entrieth der augen gewöhnlichen Situation.“

Die zehn Tage lang verhaktete Ministrerie hatte sich zuletzt zu einer Staatsfeindin angemeldet. Es fehlte wenig dazu, den Präsidenten der Republik zur Exekution zu entlassen. Die sonst so machtvollen Politiker hatten einen kleinen Ministerkreis erklärt. Die Cavaillé, die Poisson und Thiers-Grenouillet mit dem Ministerpräsidenten, um sein „gemäßigtes“, der Zölleifernde und den Nationalisten gesetztes Ziel zu erreichen: die Fabriken, wie die Fabrikanten und Kaufleute des Bourgeois, aus solchen der Angst der demokratischen Bevölkerung. Zum zweiten Male von Storch mit der Sabotierung bedroht, weil ein anderer Kandidat aufgetreten war, wurde M. Waldeck-Rousseau um jeden Preis unverzüglich seine Aufgabe übertragen.

Gut er ist gleichzeitig? Ja und nein. Auf der einen Seite ist er die Erneuerung aller Staatsstrukturen, mit Aufnahme des Ministerialen Prinzips, in die That gebracht. Ein schönes Bild und einen Erfolg darf er, der vorwiegende Bourgeoispublizist, im Ministerium des Sozialistischen Staates, ungeschöntes Erziehungsgedanken nicht nur der Nationalen, sondern auch der nicht links stehenden Bourgeoisie nicht nur der Schönheit des „Sous“. Er befandte damit, unbedeutend und beschränkt, eigentlich Parvenuen, daß die legitieme Rente für die Belebung der arbeitslosen betriebslosen Städte unzureichend ist. Daß nur das Geschäft giebt, die Praktiken der Eltern und Väter, die von Kapitalismus ihre Erziehung begann. Das demokratische Prinzip darf die That befreien. Ich kann schwören, daß die allgemeine Fortschreibung der sozialen Sphäre ist, ihre Sphären aber die Erziehung der demokratischen Sphären, über die konservative Regierungsaufgaben nicht zu trennen sind, kommt es ja zur Zeit einzige und alleinige.“

Zur Sache der Wehrkraft ist der Sozialdemokrat General de Gaulle gekommen, der eine Art ein Kompromiß für die Wehrkraft, das ja in den letzten Jahren, im Kampf gegen die Sozialdemokratie, zu einem militärischen Erfolg geführt hat. Die Bourgeoisie befürchtet, daß es die Wehrkraft nicht ohne Bekämpfung eines Generals werden kann! Und was soll der neue Generals? Das allgemeine Edikt des neuen Ministeriums in der letzten Woche ist, das Konservativen zu gewinnen, dem Bourgeoisie und dem Bourgeoisie der demokratischen Sphären, die nun in Stellung zu bringen sind.

Gestern ist das Regierungsschiff gegen Wehrkraft und ungeliebte Regierung, ja auch gegen den Bourgeois und die Bourgeoisie, die Wahrung der Rechte ablehnt. Es kommt nicht oft genug zu sehen, daß Wehrkraft und Bourgeoisie dem politischen Gegenseitigkeit bedienen. Der sozialistische Abgeordnete hat mehrere Dinge gesagt, die nicht nur die Bourgeoisie, sondern auch die Bourgeoisie der demokratischen Sphären sind.

Gestern ist das Regierungsschiff gegen Wehrkraft und ungeliebte Regierung, ja auch gegen den Bourgeois und die Bourgeoisie, die Wahrung der Rechte ablehnt. Es kommt nicht oft genug zu sehen, daß Wehrkraft und Bourgeoisie dem politischen Gegenseitigkeit bedienen. Der sozialistische Abgeordnete hat mehrere Dinge gesagt, die nicht nur die Bourgeoisie, sondern auch die Bourgeoisie der demokratischen Sphären sind.

Soziale Gewalt bringt nichts, als Gewalt — in den sozialen Unterschichten, ins Gewalt — in den sozialen Unterschichten, das ist der sozialen Unterschichten gegen die Bourgeoisie hinzu. Es kommt in der „sozialen Gewalt“:

Im Uebrigen sind zur Stunde die Meinungen in sozialistischen Kreisen über Millerands Eintritt in dasselbe Ministerium, dessen Kriegsminister Gallifet ist, geteilt.

Weiter wird dem „Vorwärts“ aus Paris berichtet:

Die Einigkeit der Sozialisten wird aufrecht erhalten bleiben trotz dem Beschlüsse von 13 Blanquist und Allemannen, wegen des Eintritts von Millerand ins Ministerium im Parlament eine besondere Gruppe zu bilden. Ein sozialistisches Einigungskomitee beschloß nach dem Antrage Faure, daß Millerand auf eigene Verantwortung gehandelt habe, daß aber die Partei einig sei im Kampfe zur Verhinderung der Republik.

Folgende wichtiger Nachrichten liegen noch vor:

Ministerpräsident Waldeck-Rousseau sandte ein Rundschreiben an die Präfekten, welches besagt: Das jetzige Ministerium ist gebildet worden, um der von der Kammer am 12. Juni angenommenen Lageordnung zu entsprechen. Das Ministerium hat die Aufgabe übernommen, die Republik zu verteidigen, eine Aufgabe, welche den Partegeist ausschließt. Das gestigt, um Ihnen Ihr Verhalten vorzusehen. Sie haben mir über jeden Vorgang Mitteilungen zu machen, welcher eine Verletzung des Gesetzes und eine Störung der öffentlichen Ruhe zur Folge haben könnte. Sie werden nötigenfalls auf Ihre eigene Verantwortlichkeit und zwar ohne Verzug zu handeln haben.

General Gallifet richtete an die Kommandirenden Generale der Armeekorps ein Rundschreiben, in welchem es heißt: „Zu meinem großen Bedauern habe ich aus meiner Zurückgezogenheit heraustraten müssen, um gegenüber dem Lande und der Regierung der Republik die Verantwortlichkeit für die Armee zu übernehmen und ich empfinde hierüber großen Stolz, durchaus keinen Schrecken. Ich bitte Sie, nicht zu vergessen, daß ich für die Führer der Armee die Verantwortung trage, wie diese mir gegenüber mit ihrer Person für alles haften, was sich innerhalb ihres Wirkungskreises ereignet. Ich zähle also auf Sie, wie Sie auf mich rechnen können.“

Im Ministerrate kündigte Gallifet die Versetzung der Generale und Offiziere an, welche sich disziplinwidrig Ruhm und Gebühren schuldig gemacht haben. Der Ministerpräsident Waldeck-Rousseau ernannte Lépine zum Polizeipräfekten anstatt Blancs, welcher zum Staatsrat ernannt wurde.

Preußischer Landtag.

Berlin, 24. Juni.

Das Abgeordnetenhaus nahm am Sonnabend in dritter Lesung debattlos den Gesetzentwurf betr. die Verziehung richterlicher Beamten in den Ruhestand an. Desgleichen gelangten zur Annahme der Nachtragsetat, die Novelle zum Gesetz betr. die Vertheilung der öffentlichen Lasten bei Grundstücksteilungen und neuen Ansiedelungen, sowie der Antrag Kirch (3.), v. Plettenberg (1.) betr. die Jagd auf eigenen, aber in verschiedenen Gemeindebezirken belegenen Grundstücken.

Eine längere Debatte rief die zweite Lesung der Chartistenvorlage hervor. Das Resultat war die Annahme der Vorlage in der von konservativer Seite beantragten Fassung, wonach für biejenigen Landesteile, in welchen der Chartistenitag nach den bestehenden Gesetzen nicht die Eigenschaft eines allgemeinen Feiertags hat, folgendes verordnet wird: „Der Chartistenitag hat die Geltung eines bürgerlichen allgemeinen Feiertages.“ In Gemeinden mit überwiegend katholischer Bevölkerung soll die bestehende herkömmliche Werktagstätigkeit am Chartistenitag nicht verboten werden; es sei denn, daß es sich um öffentlich bemerkbare oder geräuschvolle Arbeiten in der Nähe von dem Gottesdienst gewidmeten Gebäuden handelt.“

Im Uebrigen erlebte das Haus nur Petitionen.

Am Montag beginnt die zweite Lesung der Ausführungsgezege zum bürgerlichen Gesetzbuch und zur Grundbuchordnung.

Partei-Angelegenheiten.

Reichstagswahl in Fürth. Wie schon am Sonnabend mitgetheilt, hat unser Parteigenosse Agster sein Reichstagsmandat aus Gesundheitsgründen niedergelegt. Dieser Schritt unseres sozialen Arbeiters ist in seinem Arbeitskreise sehr lange erwartet.

Der neunte badische Reichstags-Wahlkreis Ettlingen-Durlach-Fürth wurde bei der vorjährigen Wahl zum ersten Male für die sozialdemokratische Partei gewählt. Im ersten Wahlgang erhielten wir 10.330 Stimmen, der nationalliberale Kandidat 7.272, der Zentrumskandidat 4.254, ein konservativer Kandidat 1.509 Stimmen. In der Stichwahl siegten wir mit 12.972 gegen 10.530 gesetzliche Stimmen.

Wir hoffen ziemlichlich, daß unsere Parteigenossen im dortigen Kreise für den Wiederwahl einer Nachwahl mit gewohntem Eifer unterstützen und daß der Wahlkreis unserer Partei erhalten bleibt.

Die sozialdemokratische Sozialdemokratie. Nachdem die seit Jahren wiederholt gemachten Versuche erfolglos blieben, die Partei der sozialen Rettungen als Ganzen mit der Sozialdemokratie zu vereinen, traten, wie die „Wiener Arbeiter-Zeitung“ berichtet, die sozialdemokratischen Elemente vor kurzem zu einer Konferenz zusammen, bei der sie sich als russische Sozialdemokratie kennzeichneten. Es wurde sofort eine provisorische Parteivertretung gewählt, bestehend aus den Genossen Dr. Hankiewicz, Wiss., Rommel, Abgeordneten Dr. Jägermeier und Baetzsch. Das Parteibüro wird vom September dieses Jahres an in Lemberg erscheinen. Als Parteifreund fungiert Genosse Dr. Hankiewicz. Die Gründungsversammlung der sozialdemokratischen Sozialdemokratie hat in ihrer Sitzung am 16. d. R. die Thatsachen zur Kenntnis genommen, und wird Genosse Dr. Jägermeier die russische Sozialdemokratie als zukünftiges Mitglied der Gesamtvertretung bestreiten. Zugleich hat Abgeordneter Dr. Jägermeier, der bisher dem Sozialdemokratischen Sektor im Parlament als Abgeordneter angehörte, seinen Beitritt als Mitglied eingemeldet.

Majestätsbeleidigungsprozeß.

Bei der Strafsitzung in Landsberg a. R. wurde am 19. d. R. der Steinmacher Johann Waff aus Löbau in Bekannter wegen Majestätsbeleidigung, Beleidigung eines Majestäts und Beleidigung einer Monaten Gefängnis. Es ist eine hohe Haft verhängt. Waff hatte am 15. Mai d. J. in Brix bei einem Bier gebettet und wurde abgewiesen.

Aus Aerger beleidigte er den Wirth und den Kaiser. Der Staatsanwalt batte für die Majestätsbeleidigung 1 Jahr Gefängnis beantragt.

Wegen Beleidigung des deutschen Kaisers, des Königs von Bayern und des Prinzen regierten verurteilte das Landgericht München II den 34 Jahre alten Dienstleiter Franz Xaver Schirlinger in Miesbach zu drei Monaten Gefängnis.

Arbeiterbewegung.

Der Lohnkampf der Berliner Maurer ist beendet. Nach wiederholten Verhandlungen vor dem Gewerbegericht als Einigungsamt, die im Ganzen etwa 6 Stunden dauerten, ist am Sonnabend ein Vergleich zu Stande gekommen, wonach Folgendes festgesetzt ist: Am 27. Juni früh wird überall die Arbeit wieder aufgenommen und die von den Arbeitgebern verhängten Ausherrungen aufgehoben. Der Stundenlohn beträgt von da ab bis zum 31. Dezember cr. 60 Pf., vom 1. Januar 1900 bis 30. September 1900 62½ Pf., vom 1. Oktober 1900 bis 31. März 1901 65 Pf. Der Lohnzuschuss der durch Unfall, Alter oder Invalidität minder leistungsfähigen Geistlichen unterliegt der freien Vereinbarung. Es wird eine Kommission gebildet die aus 6 Arbeitgebern und 6 Arbeitnehmern besteht. Die Geschäftsordnung der Kommission wird von dieser festgelegt. Der Kommission liegt die Regelung der Arbeitszeit, Pausen, Lohnverhältnisse u. s. w. ob. Bei Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und -nehmern kann die Entscheidung der Kommission nur binnen drei Tagen nach der Bekanntmachung der Entscheidung des Einigungsamtes des Gewerbegerichts angerufen werden. Bis zur endgültigen Entscheidung durch die Kommission oder Einigungsamt dürfen Bauperrungen unter keinen Bedingungen verhängt werden. Nach endgültiger Entscheidung sind Bauperrungen nur zulässig, wenn der Entscheidung nicht Folge geleistet wird. Alljährlich im Herbst hat die Kommission zusammen zu treten und die Arbeits- und Lohnverhältnisse für die Bauperiode im nächsten Jahre festzulegen. Allen Entscheidungen der Kommission haben sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu unterwerfen. Die Kommission tritt zu einer Brücke zum ersten Male im Frühling d. J. zusammen. Sowohl die zentralen wie lokalen Mauren wie die Gewerkschaftskommissionen verpflichten sich, ihren ganzen Einfluss zur Aufrechterhaltung dieser Bedingungen aufzuwenden und im Widerspruch mit denselben ausbrechende Streits nicht zu unterstützen. Maßregelungen in Folge des hierdurch beigelegten Ausstandes finden nicht statt. Sowohl die Arbeitgeber wie die Arbeitnehmer erkennen vorliegende Arbeitsbedingungen an. Die Arbeitvertreter sicherten auch die Annahme durch die Generalversammlung zu.

Der Streit der Formier in Leipzig hat bereits eine Arbeitseinstellung in der Dresdener Gegend zur Folge gehabt. In der Eisenfabrik von Alex. Schmidt in Görlitz-Schönau legten am Donnerstag sämtliche Formier, 20 Mann, die Arbeit nieder, weil sie Arbeit für Leipziger Firmen machen sollten, bei denen gezeigt wird.

Der Streit der Steinarbeiter in Gommern bei Magdeburg ist durch bedeutsiges Entgegenkommen beendet worden.

Aus aller Welt.

Unter einer tiefstehende Hochzeitsgesellschaft führt in Lüdinghausen (Westfalen) der Witz. Einer der Gäste wurde getötet und seum Personen wurden gefangen.

Aus Liebesgram hat sich Mittwoch Abend in München ein zwölfjähriges Mädchen entzweit.

Im Dubravaer Antoniusbergwerk bei Sipto-Szari-Miskos führte am Freitag ein Schacht ein, zahlreiche dort arbeitende Bergleute begraben. Die Rettungsarbeiten wurden sofort begonnen. Die Anzahl der im Schacht befindlichen Bergungslücken konnte bisher nicht festgestellt werden.

Von einem durchbaren Unwetter vor Gewitter, Wolkensprung und Wirbelsturm wurde am Donnerstag Westfalen heimgesucht. Viele Gräte sind zerstört, viele Baulichkeiten durch den Blitz entzündet und ein Raub der Flammen geworden. Rings um Combrete wütete ein Wirbelsturm und richtete große Verheerungen an. Die Eisenbahngleise wurden auf weiter Strecke fortgerissen, so daß der ganze Dienst der Eisenbahnlinie nach Gembloux und Fleurus zu gestoppt wurde und große Betriebsstörungen entstanden sind. In Seudeneie stehen alle Wohnungen unter Wasser, die Straßen sind in reißende Bäche verwandelt. Vielschlag der Blitz ein und richtete großen Schaden an. Auch im Bezirksteilnamen erzielten Wolkensprung, Sturmwind und Hagelschlag fürchterliche Verwüstungen an. Hier haben alle Ernten schwer gepritten. In Potriat stürzte unter dem Druck der Wassermassen ein Haus zusammen. Die Eisenbahnlinie Landen-Lamines ist von den Wassermassen an mehreren Stellen beschädigt worden. Die Landwirthe dieser Bezirke haben große Verluste erlitten.

Ein überaus verwegener Einbruchs-Diebstahl ist in der Nacht zum Dienstag in Paris bei den Juwelieren Durhac und Perier am Boulevard Rochechouart verübt worden. Edelsteine Ringe, Armbänder, Uhren, Diamanten u. s. w., die einen Gesamtwert von 100,000 Francs darstellen, sind von den Einbrechern geraubt worden, die bei der Errichtung ihrer Chat ebensoviel Verschlägigkeit, als Rätselheit an den Tag gelegt haben. Am Dienstag Morgen bemerkten Vorübergehende, daß eine kleine niedrige Thür, die in den eisernen Laden des Geschäfts angebracht war, weit gedrückt war; sie sahen davon sofort die Angestellten der Omnibusgesellschaft in Samnitie, deren Bureau sich neben dem Juweliersladen befindet. Diese hatten am selben Morgen gegen 5 Uhr, als sie eintraten, die Thür des Büros erbrochen gefunden. Der mit der Untersuchung beauftragte Polizeikommissar entdeckte bald in der Blaue, die den Kellern des Juwelierslades von dem Omnibus-Bureau trennt, eine 20 Centimeter hohe, 38 Centimeter breite Öffnung, durch die die Einbrecher eingedrungen waren. Neben derselben lagen mehrere Werkzeuge, ein Bohrer, ein ungeheure Dietrich, der ganz neu und auf befondere Weise hergestellt war, eigenartige Zündschnüre u. s. w. Am ersten Stodwerke wurden ein zweiter kleinerer Dietrich, mit dem der Geldsack geöffnet worden war, ferner ein von den Dieben zurückgelassener geladener Revolver vorgefunden.

Durch Anstreiten des Flusses Rio Grande in die Stadt Tarija in Mexiko vollständig zerstört worden. Zahlreiche Personen sind ertrunken, die Mehrzahl konnte sich jedoch retten.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 26. Juni 1899.

* **Genosse Neufkirch ist am vergangenen Sonnabend wieder zurückgekehrt in die inzwischen mit Buchhausluft beherrlich geschwängerte deutsche Freiheit.** Die einmonatige Gefängnisstrafe war erkannt wegen eines Leitartikels, durch welchen sich Landgerichtsdirektor Selle, damals in Beuthen, beleidigt gefühlt hatte. Genosse Neufkirch hat heute früh seine Tätigkeit in unserer Redaktion in alter Frische eingetreten. Über seine Behandlung in der Strafanstalt werden wir unseren Lesern in den nächsten Nummern einige interessante Mittheilungen machen.

* **Die sechste Breslauer Protestversammlung war zugleich auch die am zahlreichsten besuchte.** Alle kleineren Gewerkschaften waren vertreten. Den Vorsitz übernahmen die Fabarbeiter Litz und Dziclojinski und Formier Gerhardt. Genosse Bube hält wieder einen wirkungsvollen, mit lautem Beifall aufgenommenen Vortrag, an welchen sich die einstimmige Annahme der betreffenden Resolution schloß. Was

den Inhalt des Vortrages anbetrifft, so verweisen wir auf unseren letzten Bericht.

Die erste Protestversammlung in Liegnitz gegen die sogenannte Buchhausvorlage tagte am Sonntag im Gasthaus „zu den drei Bergen.“ Als Referent war Stadtverordneter Bätherr. Berlin erschienen. Es ist zu verwundern, führte der Redner aus, daß dieselbe Regierung, die den Tuberkulose-Kongress, der zur Bekämpfung der Proletarierkrankheit zusammengetreten war, so viel Sympathie entgegenbrachte, auf der anderen Seite jede selbstliche Bewegung unter den Arbeitern erfüllen will. Die bisherige Handhabung der Gesetze seitens der Gerichte gegen die Arbeiter beweist so recht, wie sehr die einzelnen Paragraphen der Buchhausvorlage auf fernliegende Angelegenheiten angewendet werden könnten. Die Buchhausstrafe im § 8, die für die Beteiligten eines Arbeiterauftaktes vorgesehen ist, der eine gemeinsame Gefahr für Menschenleben oder das Eigentum zur Folge haben kann, wird auf die Mitglieder von Syndikaten, Trusts, durch welche dieselben Gefahren entstehen können, nicht angewendet. Das Interessanteste ist die Gründung der Vorlage, die Denkschrift. Die Beamten haben in der Berichterstattung über die einzelnen Streikergebenen vollauf ihre Pflicht erfüllt. Und sie mußten sie erfüllen, denn: weshalb ich esse, das Gedicht singe. Die Angaben sind so einleitig. Die bestehenden Gesetze sind, wie der § 153 der Gewerbeordnung beweist, jurecund und die Höchststrafe, die in diesem Ausmaße Paragraphen vorgesehen ist, wurde nur zweimal verhängt. Wir verlangen volle Koalitionsfreiheit, Freiheit und Gleichberechtigung auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens und nicht weitere Beschränkung der Volfsrechte. Lebhafte Beifall wurde dem Redner für den anderthalbstündigen Vortrag gezollt. Einstimmig wurde hierauf folgende Resolution angenommen: „Die heutige Gasthaus „zu den drei Bergen“ tagende öffentliche Protestversammlung, erklärt sich mit Einschleidenheit gegen jede Verschlechterung der Koalitionsfreiheit. Sie erklärt in der sogenannten Buchhausvorlage ein Attentat gegen die heiligsten Güter des Volkes. Die Arbeiterschaft verlangt die Sicherung der vollen Koalitionsfreiheit durch die Anerkennung der Berufsvereine, Aufhebung des Inkverbindungsverbotes von Vereinen und Auskunfts- und Arbeitsbeschaffungsbehörden. Ferner verlangt die Arbeiterschaft vollständige Gleichberechtigung mit allen übrigen Gesellschaften. Sie fordert vom Reichstag die Ablehnung dieses neuesten Gesetzeserzeugnisses.“

In Ober-Hermendorf (Kreis Waldburg) sprach Sonntag Nachmittag Genosse Bruhns in einer im Gasthof „Deutscher Kaiser“ tagenden, von über 500 Personen besuchten Protestversammlung unter lebhaften Beifall über die Buchhausvorlage. Eine entschiedene Protest-Resolution wurde einstimmig angenommen.

Über weitere Versammlungen in Goldberg, Lübeck und Altwasser folgen morgen nähere Mittheilungen.

Achtung Holzarbeiter!

Kollegen! In einer außerordentlichen Mitglieder-Versammlung erklärten sich die organisierten Holzarbeiter nicht nur für das im Januar 1900 zu errichtende Arbeitsercretariat, sondern es wurde auch gutgeheißen, daß ein Extrabeitrag von monatlich 10 Pf. pro Mitglied vom Juli ab erhoben wird. Da die Marken und Karten bereits in Händen der Kassirer sind, so wird mit der Beitragszahlung in den nächsten Zahlabenden begonnen werden. Wir machen ganz besonders darauf aufmerksam, daß auch nichtorganisierte Kollegen die Möglichkeit haben, das Unternehmen zu unterstützen, indem von uns aus Karten verabfolgt werden.

Ferner werden die Mitglieder eracht, vor Quartalschluss die Beitragssreste nach Möglichkeit zu begleichen, Angesichts der vom Verbande zu unterstützenden Streiks müssen die Mittel aufgebracht werden.

Außerdem werden diejenigen Kollegen, denen auf ihre Kosten die „Holzarbeiterzeitung“ zugesandt wird, eracht, recht bald das Porto bis zum 1. Oktober zu bezahlen, da vom 1. Juli ab die Hansapost die Bestellung im Ganzen übernimmt.

J. A. der Lokalverwaltung W. Langner.

Die neue Anleihe der Stadt Breslau.

Der Magistrats-Antrag, betreffend die Aufnahme einer 3½-prozentigen Anleihe von 87 Millionen Mark wird demnächst den Stadtvorordneten zugehen. Die Anleihe soll zur Deckung folgender Posten verwendet werden:

I. Für den Armenhausbau in Herrnstadt	1,100,000 M.
II. Für Krankenhausbauten	800,000 =
III. Für Neubauten höherer und mittlerer Unterrichtsanstalten, darunter 1 Million als Beitrag der Stadt zur Errichtung einer technischen Hochschule in Breslau	3,450,000 =
IV. Zur planmäßigen Erweiterung und Neugestaltung der Feuerwehr und Straßenreinigung	2,000,000 =
V. Für nachstehende Tiefbauten	22,063,000 =
1. Erweiterung der Kanalisation und der Rieselbefelder	5,220,000 M.
2. Bau des Handelshauses	3,500,000 =
3. Brückenbauten	5,721,000 =
a) Umbau der Werderbrücke nebst dem kleinen Wehr;	
b) für Breiterung (Umbau) der Universitätsschule;	
c) zum Neubau der Brücke im Zuge des Olaiaplatz (Margarethenbrücke) einschl. des Grunderwerbs;	
d) zum Neubau der Brücke am Schleswiger eingeschl. des Grunderwerbs.	
4. Eisenbahnhinterführungen	900,000 M.
5. Wasserbauten	672,000 =
6. Grundwasser-Bevorrangung und Erweiterung des Wasserwerkes	6,050,000 M.
VII. Für Grunderwerb zu Friedhofsgärten	864,000 =
VIII. Bau einer neuen Gasanstalt	3,500,000 =
IX. Für Errichtung einer elektrischen Zentrale für den Straßenbahnbetrieb und Erweiterung des städtischen Elektrizitätswerkes	2,500,000 =
X. Für Anleihelosten und Courverluste	1,223,000 =
Zusammen	37,000,000 M.

* **Sohnbewegung der Dachdecker.** In der heutigen Versammlung der Ausständigen wurde konstatiert daß 69 Gesellen, von denen 53 verheirathet sind, die Arbeit eingestellt haben. Drei Firmen, Biesner und Paust haben bereits die kirchliche Erlaubnis abgegeben, die gestellten Forderungen zu bewilligen. Zur Regelung des Ausstandes muß ein Streikkomitee eingesetzt werden. Die nächste Versammlung findet Mittwoch, den 28. Juni statt. Zu Versammlungen haben sich die Streikenden bereit erklärt.

* **Gut gutes Beispiel von Humanität gab der Inhaber eines kleinen Manufakturaarbeitsgeschäfts, Herr M. Beyer, Schloßstraße, gegenüber seinem ältesten Handdiener.**

Während 17 wöchentlicher Krankheit ist demselben ununterbrochen der Lohn weitergezahlt worden und nach dem leichten Erfolg des heilbaren Kranken trug der Chef noch einen wesentlichen Theil der Beerdigungskosten. Auch wurde am Tage der Beerdigung das Geschäft geflossen, damit die Beteiligung des Personals an der Beerdigung eine volzhängige sein könnte. Es wäre wünschenswert, das solche praktische Arbeitersympathie recht oft Nachahmung fönde.

* **Nachträgliches zur Gastwirtschaftsausstellung.** Die Herren Gastwirthe haben, um der vom Magistrat angebrochenen Entziehung des Ehrenpreises zu entgehen, den Preis der Stadt Breslau Herrn Kiefer wieder fortgenommen und an Herrn Kochmann für seinen Bierdruck-Apparat „Triumph“ gegeben. Wird der also nachträglich „Ausgezeichnete“ aber eine Freud' haben! Auch Herr Biegert muß den Ehrenpreis der Frau Großherzogin wieder herausgeben. Er — natürlich der Ehrenpreis — ist dem Verein Breslauer Gast- und Schankwirthe überwiesen worden.

* Ein Hausschlüssel ist in der Volkerversammlung am Sonnabend im Volksgarten gefunden worden. Abzuhören in der Exposition der Völkwacht.

* **Verbotene Trauermusik.** Am 17. Juni starb zu Warthau unser Genosse Franke. Da derselbe aus der Landeskrise ausgetreten war, konnte selbstverständlich von einer Theilnahme des Geistlichen bei der Beerdigung keine Rede sein. Die Hinterbliebenen wollten jedoch die übliche Trauermusik bestellen. Der Bruder des Verstorbenen, Hermann Franke, begab sich zum Amtsvoceher und teilte diesem die Absicht mit. Veranlassung dazu war insofern vorhanden, als im benachbarten Hartmannsdorf einmal Trauermusik verboten wurde, weil kein Geistlicher mitging. Um nun einer solchen Hinderung vorzubeugen, hielt unser Genosse es für's Beste, den Amtsvoceher zu benachrichtigen. Aber der Amtsvoceher war anderer Meinung. Ein Begründnis ohne Geistlichen, aber mit Musik wäre „ein öffentlicher Aufzug“ (!) eine sozialdemokratische Demonstration.“ (!) Dazu könnte er auf keinen Fall die „Genehmigung“ geben. Franke möge, wenn ihm dieser Bescheid nicht genügte, sich an den Landrat wenden. Selbstverständlich hat dies der Genannte und erhielt am 18. cr. früh folgende Antwort:

Bunzlau, den 18. Juni 1899.

Auf den mündlichen Antrag vom gestrigen Tage erwideret ich Ihnen, daß ich es ablehne nur, die Ihnen von Seiten der Ortspolizei verbotene bereits verweigerte Genehmigung zur Aufführung von Trauermusik bei der Beerdigung Ihres verstorbenen Bruders zu ertheilen. Wie Sie selbst zugeben, nimmt ein Geistlicher an der Beerdigung Ihres Bruders nicht Theil, auch ist ein solcher um seine Theilnahme gar nicht angegangen worden. Nach allgemein einen Begriffen ist aber eine Beerdigung ohne Begleitung eines Geistlichen keine feierliche und eben darum schon Musibegleitung für die dortige Ortsangehörige Bevölkerung ausgeschlossen. Die Bewilligung von Trauermusik würde unter den obwaltenden Verhältnissen zur Verwirrung aller Begriffe beitragen und nach den von mir aufgestellten Erwägungen geeignet sein, die öffentliche Ordnung zu gefährden.

Rosenstiel.

Also Trauermusik gefährdet die öffentliche Ordnung. Das dürfte wohl das Neueste sein, was man hat!

Am letzten Dienstag fand die Beerdigung des Verstorbenen statt — ohne Trauermusik! — Aber ein imposanter Begräbnis hat der Ort so bald nicht gesehen. Auf allen Plätzen wurde gespielt, alle Steinarbeiter gingen im Zuge, Deputationen mit prachtvollen Kränzen waren aus Nah und Fern herbeigekommen. Mehrere hundert Personen gaben unserem Genossen die letzte Ehre. Alles verlief musterhaft und in größter Ordnung. Gehrige Agitationsredner hätten nicht besser wirken können, als das landräthliche Verbot. Selbst Leute, die uns bis jetzt fern standen, nahmen am Zuge Theil. Bei der Regierung ist Beschwerde gegen das Verbot eingeleitet worden.

* **Straßenverre.** Wegen Pfasterung ist die Leuthenstraße zwischen Friedrich-Wilhelmsstraße und Karzigallee vom 26. d. M. an auf 5 Wochen für Fuhrwerke und Reiter gesperrt. — Wegen Neu-pflasterung wird die Karzigallee vom 10. Juli d. J. an auf 3 Wochen für Fuhrwerke und Reiter gesperrt. — Wegen Asphaltirung wird die Altbürgerstraße zwischen der Zinnaer- und der Albrechtsstraße vom 10. Juli d. J. an auf 4 Wochen für Fuhrwerke und Reiter gesperrt. — Gehäus Legung von Gas- und Wasserleitungen ist 1. die Lößstraße zwischen Kloster- und Vorwerksstraße in der Zeit vom 26. Juni bis einschließlich 5. August und 2. die Gräbenstraße zwischen dem Sonnenplatz und der Friedrichstraße in der Zeit vom 26. Juni bis einschließlich 12. August d. J. halbjährig für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

* **Schulnachricht.** Da Aufhebung einer früheren ausdrücklichen Verkündung, daß der Schulabschluß anlässlich der Ferien erst nach vollständiger Absolvierung des stundenplanmäßigen Unterrichts stattfindet darf, versagt die städtische Schuldeputation, daß der Unterricht am letzten Unterrichtstage vor den Sommerferien — am 5. Juli d. J. — in sämtlichen städtischen Volks- und Hörschulen bereits um 10 Uhr Vormittags geschlossen wird. Veranlassung zu dieser Bergung ist die in Folge einer von den städtischen Schuldeputationen gegebenen Anregung erfolgte Verlegung des unter bevorzelter Fahrpreis-Befreiung nach dem Riesengebirge abgebenden solgenden Ferien-Sonderzuges auf den 8. Juli, Vormittags 11 Uhr 25 Minuten. Um den beteiligten Eltern diese Fahrdienstgünstigung zu Theil werden zu lassen, kann also der in Folge des 8. Uhr Unterrichtsanfangs erst um 12 Uhr einsetzende Schluss um zwei Stunden verschoben werden.

* **Wiehengehe.** Die Mühl- und Klauenengehe ist in Siedlungsfeld, Buchowitz und Raitzow, Kreis Breslau, in Würz, Siedlung, Peitzerfeld, Stammis und Baumgarten, Kreis Ohlau, in Bürkischau, Namisjau, Langenau, Dodern und Pischkowitz, Kreis Tredzic, und in Kunzka

